

Erzähler vom Westerwald

Sachsenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzel in Sachsenburg.

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Sachsenburg. Fernruf Nr. 72

Nr. 291

Erscheinung an allen Wochentagen.
Bezugspreis: vierteljährlich 1.80 M.,
monatlich 60 Pf. (ohne Bringerlohn).

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weggelassen.

Sachsenburg, Donnerstag den 13. Dezember 1917.

Preis pro Jahr (einschließlich Porto):
für den Abonnenten 12.00 M., für den
Besteller 12.50 M. (einschließlich Porto).

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

12. Dezember. Im November sind an den deutschen Fronten 22 feindliche Feststellungen und 205 feindliche Flugzeuge gemeldet worden. — Zwischen Brenta und Piave örtliche Kämpfe.

Es dämmert.

Keine bessere Aufklärungsarbeit gibt es in der Welt der Kriege als die Tat. Der Wandel von schwindelhaften Friedensversprechungen zur entschlossenen Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen, von anglistischem Nachdenken hinter den großen Mannern der Weltmächte zu schlichter Entfaltung von Despotismen in der deutschen Hauptquartier des Oberbefehlshabers Ost, er zieht eine Kette durch die ganze „Einheitsfront“ der Entente.

Es in deren kleine Ausläufer hinein verpackt man den neuen Geist, der von Petersburg aus die Welt erobern will. Portugal hat wieder einmal eine regelrechte Revolution durchgemacht, was nicht darauf schließen läßt, daß das Land sich in der erzwungenen Gefolgschaft der britischen Vormacht sonderlich wohl fühlt. Der Präsident der Republik ist von den A- und S-Leuten in Lissabon in aller Höflichkeit erachtet worden, sich als verurteilt zu betrachten, eine neue Regierung ist eingesetzt, das Parlament aufgelöst worden, kurz man hat es wieder einmal gründlich umgebetet in Lissabon, die Demokratie ist von der Revolution abgelöst, also als überwindener Standpunkt zum alten Willen geworfen worden — warum, weiß man nicht recht; aber wahrscheinlich hat der Diktator des Volkes bei der Bewegung eine große Rolle gespielt, und sicher ist, daß die Gemeinschaft mit der Entente das stolze Bewußtsein, deren Kampf um Freiheit und Menschlichkeit in Reich und Glied mitkämpfen zu dürfen, die alten Portugiesen der irdischen Glückseligkeit nicht näher gebracht hat. Von den Heldentaten ihrer Soldaten in den Schlachten der Westfront hat man noch nicht allzuviel vernommen. Nach der Stimmung in ihrer Heimat zu urteilen, werden sie dort wohl kaum noch lange zu halten sein. Wenn die russischen Truppenverbände sich langsam aufzulösen beginnen, warum sollen die bedauernswerten Teufel aus Oporto und Lissabon, die sich schon ihrem Abtransport nach Frankreich mit Händen und Füßen widersetzen, noch länger für fremde Herren ihre Haut zu Lasten tragen?

Oder sehen wir nach Südosten, nach Rumänien, das von den jüngsten Vorgängen in Rußland allerdings am unmittelbarsten berührt wird. An dem gleichen Tage, an dem Herr Clemenceau nach dem Rat hatte, den Einleitend der Südfront in Waffenstillstandsverhandlungen als eine schamlose Lüge zu bezeichnen, wurde der Abbruch dieser Verhandlungen bereits schwarz auf weiß unterzeichnet. Die Regierung in Sofia mit König Ferdinand an der Spitze weiß nicht mehr, wo sie ihr Haupt betten soll, und mit dem tödlichen Trostpruch Wilsons, der sie zu weiterem Widerstand ermutigen sollte, ist ihr verzweifelt wenig geholfen. Aber es sieht fast schon so aus, als sollte das Schicksal des Königreiches über ihren Kopf hinweg entschieden werden. Schon werden im Lande große Volksversammlungen veranstaltet, in denen Männer, die ihre Volks- und Lebensgenossen in der Stunde der Not nicht im Stich gelassen haben, der Wahrheit eine Stimme brechen. So Dr. Veldiman, der frühere langjährige rumänische Gesandte in Berlin, der seine Landsleute dieser Tage in Bloßstellung zusammenberufen hatte und vor ihnen den unerhörten Volksbetrug der Bratians und Rumforten mit scharfen Worten gekeltete. Gewissenlosige Unterschlagung aller Tatsachen und Nachrichten, die das Land vor dieser Katastrophe bewahren konnten, war es dem bulgarischen Nachbarn von einst vor, die er auch für den Untergang Serbiens mit verantwortlich machte. In tragischer Weise schilderte der hochgeachtete Staatsmann den Gegensatz zwischen der führenden Stellung des Landes unter König Karol und der großen Zukunft, die es an der Seite der Mittelmächte gehabt hätte, und dem furchtbaren Zusammenbruch, der allein durch die maßlose Verblendung und Korruption einer kleinen Gruppe gewissenloser Machthaber verschuldet wurde, mit den Brüdern Bratians an der Spitze. Ein früherer Minister unterstützte diese niederstimmernde Anklage Dr. Veldimans und betonte mit besonderem Nachdruck die Tatsache, daß allein die Willkürpolitik des früheren Königs der nationalen Selbstbehaltung Rumäniens gegenüber der russischen Orientpolitik schuld sei. In der Tat, wenn es je ein Exempel auf die Welt gab, so ist es hier für Rumänien geliefert worden, und es scheint, daß das Land nicht erst auf Herrn Bratians warten will, es die Folgen aus den bitteren Erfahrungen des letzten Jahres zieht. Es wird wohl versuchen, auf eigene Faust wieder zu geordneten Zuständen zurückzukehren, und die Herrschaften, die außer Landes oder an seiner Grenze weilen, werden sich auch für den Rest ihres Lebens fern von Bukarest einrichten müssen.

Selbst in England werden sich die Seiten nach-

lassender Kampf. Wird doch dem Premierminister Lloyd George zum Jahrestage seiner Übernahme der Reichsgeschäfte von dem Schriftleiter der „Daily News“ öffentlich bezeugt, daß die Nation von einem Geist der Sorge und der Niedergeschlagenheit erfüllt sei. Wir stehen vor der Krise des Krieges, der Geist der Nation ist verdunkelt, die Solidarität des Volkes im Zerbröckeln. Unser Glaube an den Sieg hat abgenommen, das Selbstvertrauen ist geschwächt. Er, Lloyd George, habe dem Lande die Begeisterung der Demokratie genommen, ohne ihm die Leistungsfähigkeit des Despotismus — womit natürlich Deutschland gemeint ist! — zu geben. Vor allem aber: jetzt, im vierten Kriegsjahr, wisse das englische Volk weit weniger, um was es kämpfe, als im Herbst 1914. Das ist allerdings bitter, ein schmerzhafter Glückwunsch für einen Minister, der das Schicksal der ganzen Menschheit in seiner starken Faust zu halten vermeint. Wenn England schon schwach wird, wie lange soll die Entente dann noch zusammenhalten?

Der feste Kitt, mit dem Sir Edward Grey unsere Feinde einstmalig zu einer geschlossenen Einheit zurecht stimmte, hält eben nicht mehr — es dämmert in der gemeinsamen Front, und wir dürfen vertrauen, daß damit das Ende vomiede für den Bund unserer Gegner bald gekommen sein wird.

Asquith und Clemenceau.

In einer Rede zu Birmingham kam der frühere Ministerpräsident und jetzige Führer der englischen Liberalen im Unterhause Asquith nach einem Rückblick auf die Entstehung des Weltkrieges und einem Versuch der Rechtfertigung für sich und seinen Mitarbeiter Edward Grey auf den Brief Lord Lansdownes zurück. Es könne jetzt keinen größeren Feind des Menschengeschlechts geben, meinte Asquith, als den Mann, der durch Wort oder Tat die Freundschaft des Friedens erschweren würde. Lansdowne sei ein Mann von politischem Scharfsinn und großer Vaterlandsliebe. Sein Brief, der wertvolle Ratschläge brachte, sei vielfach mißverstanden worden. Er, Asquith, nehme an, daß Lansdownes Hauptabsicht gewesen sei, zu sagen:

Die Alliierten sollten, während sie den Krieg fort- und lebhaft fortsetzen, bemüht sein, den Völkern der Welt, sowohl den Kriegführenden wie den Neutralen, immer mehr klar zu machen, daß die einzigen Ziele, für die England kämpfe, nationale und unegennütige Ziele an sich sind und daß es diejenigen Ziele sind, für die es in den Krieg eingetreten ist, und daß England durch ihre Erreichung nach einer dauernden Friedensbürgschaft trachte, begründet durch die gemeinschaftliche Autorität eines internationalen Bundes. Das muß den feindlichen Völkern klar gemacht werden, die fortan den Weltfrieden verbürgen müssen.

Asquith erklärte, alles tun zu wollen, was er könne, um die jetzt noch laotenden Schleier zu lüften. Damit rückt Asquith sehr deutlich von Lord George ab und stimmt mit Lansdowne überein, der dem jetzigen Leiter der englischen Politik vorwarf, die ursprünglichen Kriegsziele aufgegeben und weitergehetzten, ungerechtfertigten und unerreichbaren, nachzugeben. Von der Auffassung Asquiths und Lansdownes zu einem Verständigungsfrieden scheint der Weg nicht weit.

Auch in Frankreich erlebt der Kriegsfanatismus seinen Tag von Damaskus. Das Ministerium Clemenceau steht auf einem Boden, für dessen Sicherheit auch der wohlwolligste Spekulant keine Garantie übernehmen würde. Mühte doch der von allen möglichen Mißbilligungen bedrohte Clemenceau persönlich die Zeitungs- herausgeber um sich versammeln und ihnen die politische und militärische Lage als nahezu verzweifelt schildern, um einen Grund zu haben, ihnen jede Kritik unter Bedrohung mit dem Kriegsgericht zu verbieten, die auf den Gemütszustand der Soldaten und Soldaten wirken könnte. Trotzdem mußte Clemenceau eben mit Rücksicht auf die kriegsmüde Stimmung des Volkes den französischen Volkstheater in Petersburg beauftragen, zu erklären, Frankreich erkenne das Friedensbedürfnis Rußlands an und ein Waffenstillstand erscheine nicht undiskutabel. Das muß dem reizenden Kriegstiger Clemenceau passieren!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Eine neue Kriegsteuervorlage wird sicherem Vernehmen nach dem Reichstag nach seinem Wiederauflammentritt im Januar vorgelegt. Die bisherige Kriegsteuer oder Kriegsgewinnsteuer betraf nur den Vermögenszuwachs bis zum 31. Dezember 1916, dagegen sind über die Kriegsgewinne für das Jahr 1917 und für die folgende Zeit neue gesetzliche Bestimmungen erforderlich, die voraussichtlich wesentlich schärfer ausfallen werden und demgemäß am Ende des dreijährigen Veranlagungszeitraumes, am 31. Dezember 1919, zu noch höheren Erträgen führen werden. Beispielsweise waren von der Kriegsteuer bisher ausgenommen Kunstwerke lebender oder seit dem 1. Januar 1909 verstorbenen deutscher sowie im Deutschen Reich wohnender Künstler. Auf Wunsch der bayerischen und weimarer Regierung war diese Ausnahme gemacht worden, inzwischen sind aber mit den Herren auch der

lebenden Künstler so gute Weisungen gemacht worden, daß die genannten Regierungen auf einer neuen Ausnahmebestimmung sicher nicht mehr bestehen werden. Hat die Kriegsgewinnsteuer bisher schon nach den Angaben des Schatzsekretärs etwa fünf Milliarden gebracht, so dürfte sie bei erhöhten Einnahmen auch für die Zeit vom 1. Januar 1917 ab noch mehrere Milliarden bringen.

• Ein vom preussischen Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses eingesetzter Unterausschuß hat über die Teuerungsanträge für die Beamten beraten und dem Ausschuß Bericht erstattet. Der Finanzminister erklärte sich mit dem Beschluß des Unterausschusses einverstanden, daß sofort eine einmalige Teuerungszulage von 200 Mark für die Beamteten, für jedes Kind 20 Mark mehr und für die Alleinlebenden 150 Mark gezahlt werden sollen. Der Minister sagte ein gleiches Vorgehen des Reiches an; die laufenden Kriegszulagen jetzt zu erhöhen, konnte sich der Minister nicht entschließen, er stellte aber eine Prüfung in Aussicht, wenn die Verhältnisse sich ändern sollten.

Polen.

• Folgendes Programm für die Schaffung des polnischen Heeres haben nach Warschauer Blättern Ministerpräsident Ruzarski und Oberst Januszajtis gemeinsam entworfen: 1. formelle Überweisung des polnischen Heeres an den Regimentsrat, 2. Bildung eines Kriegsministeriums oder Kriegsdepartements, 3. Rekrutenausbildung, 4. Zurückberufung der polnischen Offiziere als Kommandanten.

Portugal.

• Das neue Ministerium ist nunmehr endgültig gebildet. Borkis, Außen- und Krieg leitet Sidonio Vach, der frühere Gesandte in Berlin. Aber die Ursache der Revolution in Lissabon und Oporto machen spanische Blätter interessante Angaben. Danach soll in ganz Portugal eine furchtbare Hungersnot herrschen. Die Lebensmittelpreise sind außerordentlich gestiegen. Die Revolution in Oporto hatte zweifellos in diesen wirtschaftlichen Erschütterungen ihre Gründe. Die Revolution in Lissabon dagegen war wohl mehr politischer Natur und gegen die Regierung gerichtet. Lissabon ist durch das Bombardement schwer beschädigt.

Bulgarien.

• In zahlreichen Cirkularen des Morawalandes organisieren sich die einheimischen Kaufleute in Vereinen, um die Handelsbeziehungen zwischen ihrer Gegend und dem alten Bulgarien auszugestalten und fester zu knüpfen. Die bulgarischen Blätter sehen in dieser Tatsache ein unwiderlegliches Zeichen der unauf löslichen ethischen und wirtschaftlichen Bande, die diese Bevölkerung mit dem bulgarischen Stamme angehängen verknüpfen.

Frankreich.

• Die alte Feindschaft Clemenceaus gegen Cailhau soll anscheinend jetzt zum Austrag kommen. Als erstes der Opfer, die Clemenceau der Kriegsmächte zu bringen versprochen, soll Cailhau fallen. Der Militärgouverneur von Paris hat an die Regierung und an die Kammer ein Schriftstück gerichtet, in dem um Aufhebung der parlamentarischen Unverletzlichkeit Cailhau gebeten wird. Der ehemalige Minister wird eines Anschlages auf die Sicherheit des Staates beschuldigt, begangen durch Umtriebe, die die Bündnisse Frankreichs bloßgestellt haben. Er wird ferner des Verrats beschuldigt mit dem Feinde und einer staatsverräterischen Propaganda beschuldigt. Wenn es zur Anklage kommt, so wird wieder ein neuer Skandal durch alle Gänge Frankreichs hallen.

Großbritannien.

• Über das deutsche Friedensangebot im Dezember 1918 teilte Balfour auf Anfrage im Unterhause mit, die Regierung habe damals die vertrauliche Mitteilung eines neutralen Diplomaten bekommen, wonach die deutsche Regierung der englischen eine Mitteilung über den Frieden zu machen wünsche. Auch die Antwort, England sei bereit, die Mitteilungen entgegenzunehmen und mit den Verbündeten zu prüfen. Die englische Regierung verständigte die Regierungen von Frankreich, Italien, Japan, Rußland und den Vereinigten Staaten von dem deutschen Antrag und ihrer Antwort darauf. Darauf wurde nichts mehr geantwortet und keine andere amtliche Mitteilung empfangen.

Aus In- und Ausland.

Warschau, 12. Dez. Für Bismarck und die internierten Legionäre fanden hier Kundgebungen der Studenten statt. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Kopenhagen, 12. Dez. Auf eine Bitte um Lebensmittel, die der finnische Senat an ihn richtete, antwortete Lord George, England habe selbst nichts und rief mit Amerika zu unterhandeln.

Amsterdam, 12. Dez. Auf eine Anfrage im englischen Unterhause antwortete Balfour, daß die rumänische Armee durch unbekannte Umstände gezwungen gewesen sei, einen Waffenstillstand abzuschließen.

Stockholm, 12. Dez. Die Regierung der Räte in Petersburg ernannte Petrowski zum Minister des Innern und Muranow zu seinem Stellvertreter.

Westblatt für den 14. Dezember.
Sonnenlaufgang 8⁴⁰ | Mondlaufgang 8¹⁴ R.
Sonnenuntergang 8⁴⁰ | Monduntergang 8¹⁴ R.
1849 Konradin Kreuter, Komponist der Oper „Das Nacht-
lager von Granada“, gest. — 1881 Heinrich Marschner, Komponist
der Opern „Der Templer und die Jüdin“ u. a., gest. —
1870 Die Deutschen nahmen die französische Festung Kommebe.
1873 Naturforscher Ludwig Agassiz gest. — 1914 Belgien wird
von den Österreichern kampflos geräumt.

Lugano, 12. Dez. Der Gesandte von Ruß in Rom,
Don Antonio Martin Rivero, erklärte, daß auch seine Republik
Truppen nach Europa schicken werde.

Vaterlandspartei und Beamte.

AK. Berlin, 12. Dezember.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gab es heute sehr leb-
hafte Auseinandersetzungen. Zur Verhandlung stand der
Antrag Fuhrmanns, der außer von einigen nationalliberalen
Mitgliedern von Angehörigen der beiden konservativen Frak-
tionen unterstützt war und sich gegen den Erlass des Ministers
des Innern D. Drews richtete, der den Beamten seines
Rechts erklärte hatte, daß ihm eine Kattation zugunsten der
Vaterlandspartei unterwunden erscheine.

Abg. Fuhrmann begründete den Antrag. Auf der linken
Seite des Hauses wurde er oft von stürmischem Widerspruch
unterbrochen. Es kam zu

turbulenten Szenen.

wie sie selbst im Abgeordnetenhaus noch selten erlebt worden
sind. Der Abg. Fuhrmann bezeichnete es als unerwünscht,
daß ein preussischer Minister des Innern das Eintreten für die
Vaterlandspartei, die kein anderes Ziel habe, als den Sieg-
willen des Deutschen Volkes zu heben, seinen Beamten unter-
sage. Er tabelte besonders, daß der Erlass des Ministers seinen
Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Beamten
mache. Der Redner unternahm einen neuen Vorstoß gegen
die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli dieses
Jahres, von der er behauptete, daß sie die Siegesunverfälscht
des Deutschen Volkes erschüttere und im Auslande den Ein-
druck der Schwäche Deutschlands erwecke habe. Im weiteren
Verlauf seiner Rede warf er den Gegnern der Vaterlandspartei
vor, sie aben die Oberste Seeresleitung in die öffentlichen
politischen Erörterungen und suchten fälschlicherweise Schutz
hinter den genialen Heerführern Hindenburg und Ludendorff.
Die Deutsche Vaterlandspartei wende sich mit Recht gegen
den Scheidemannschen Vordrängungsplan, und es sei unbegreiflich,
daß die Regierung ihren Beamten das Recht nehmen wolle,
auch ihrerseits öffentlich gegen den Scheidemann-Plan anzu-
gehen. Abg. Fuhrmann wurde mit demonstrativem Beifall
begleitet.

Der Minister des Innern D. Drews

antwortete sehr kurz. Er betonte, daß der Erlass auf Grund
einer speziellen Anfrage, wie sich die Beamten zur Vaterlandspartei
zu verhalten hätten, schon im September dieses Jahres,
also vor den erregten Auseinandersetzungen im Reichstag über
die Vaterlandspartei ergangen sei, weil der Erlass, wie er aus
der Presse bald erfahren habe, zu Mißverständnissen Anlaß
gegeben habe, so habe er bei einer Konferenz der Oberpräsi-
denten und Regierungspräsidenten Anfang Oktober allgemeine
Richtlinien dahin den Beamten zugehen lassen, daß

alle Parteien gleich zu behandeln

seien, damit im Volke nicht die Meinung entstehe, daß zu Un-
gunsten irgendwelcher Partei Ausnahmen stattfinden. Die
Regierung liebe auch heute noch zu dem Kaiserwort „Ich kenne
keine Parteien, sondern nur noch Deutsche“. Die Beamten
könnten jeder Partei als Mitglieder angehören, der Beitritt
zu einer Partei oder die Weigerung, ihr beizutreten, dürfe
keinen Vorwurf oder Nachteil für den Beamten nach sich
ziehen. Anders sehe es mit der politischen Betätigung der
Beamten, die sich in dieser Beziehung Einschränkungen zu
unterwerfen haben. Eine Sonderstellung nehmen noch die
Beamten der inneren Verwaltung ein, für die, weil sie in der
Hauptstadt politische Beamte sind, besondere Gesichtspunkte
maßgebend sind.

Der politische Beamte habe die Meinung der Regierung
zu vertreten.

Beteiligt sich ein politischer Beamter öffentlich an politischen
Organisationen, so entsteht die Gefahr, daß in der Bevölkerung
die Regierungspolitik mit der von den Beamten getriebenen
Parteiopposition gleichgestellt wird. Der politische Beamte muß
sich deshalb jeder parteipolitischen Agitation enthalten, die
parlamentarische Tätigkeit fällt natürlich nicht darunter, denn
die ist verfassungsmäßig garantiert. Bei den tiefgehenden
Meinungsverschiedenheiten, welche die Bevölkerung in getrennte
Lager spaltet, muß alles vermieden werden, um den bestehenden
Riß noch zu erweitern. Nicht nur während der letzten Kriegs-
zeit sei es notwendig, die Einheit im Volke aufrecht zu er-
halten, sondern auch noch weiterhin, um die großen Aufgaben,
die uns nach dem Kriege harren, zu erfüllen.

Erster Redner in der sich anschließenden Debatte war der
fortschrittliche Abg. Ranzow. Er beschäftigte sich zunächst mit
Herrn Fuhrmann, der in früheren Jahren über die freie
politische Betätigung der Beamten ganz anders geredet habe
und selbst gegen so harmlose Erwägungen wie die Schau-
mannsperre Sturm gelaufen habe. Der Antrag sei wohl
auch weniger aus Liebe zu den Beamten als aus Liebe zur
Vaterlandspartei eingebracht worden und aus einem Gefühl
für den Minister des Innern, daß mit Liebe wenig zu tun
habe. Der Redner billigte den Standpunkt des Ministers
und wandte sich scharf gegen die Vaterlandspartei und die
Alldutschen.

Abg. v. Deunig-Tecklin (Kons.) stimmte Herrn Fuhrmann
zu, warf dem Dreiwöchigen Erlass Unklarheit vor, kritisierte die
Friedensresolution und fragte die Regierung vieler Unterlassungen
an, weil sie nicht für die Stimmung im Volke gesorgt habe.
Er stellte ihr Clemenceau und Lloyd George als Muster hin
und lobte den Patriotismus der Alldutschen. Die Regierung
habe Streitfragen ins Volk geworfen, die den Verdacht er-
regten, daß sie auf nichtpreussische Einflüsse zurückgeführt
werden könnten. Während dieser Rede kam es zu stürmischem
Auseinandergeraten mit der äußersten Linken.

Der Zentrumsgesandte Meyer beantragte beide An-
träge einem Ausschuss zu überweisen, der sie einer gründlichen
Prüfung unterziehen solle.

Der Sozialist Leinert wandte sich in heftigen Aus-
führungen gegen die Konservativen und die Alldutschen.

Der Freikonservative Martin verteidigte die Vaterlandspartei
und mißbilligte den Erlass des Ministers D. Drews.

Nach einigen weiteren Bemerkungen verschiedener Redner
verloß sich das Haus.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Eine Rundgebung der russischen Regierung.

Der russische Volkskommissar für äußere Angelegen-
heiten Trotski hat in einem an die Gesandten der Verbün-
deten gerichteten Schreiben amtlich mitgeteilt, daß die Ver-
handlungen am 12. Dezember fortgesetzt werden.

Diese Verhandlungen sind am 5. Dezember abge-
brochen worden, nachdem eine Waffenruhe zwischen den
bevollmächtigten Vertretern der beiden Seeresleitungen
abgeschlossen worden war, die vom 7. Dezember 12 Uhr

mittags bis zum 17. Dezember 12 Uhr mittags dauerte.
Schon in dem Verlaufe unserer Hauptquartiers am 6. war
mitgeteilt worden, daß die Verhandlungen zur Verhän-
dlung eines Waffenstillstandes in einigen Tagen fortge-
setzt werden.

Das Einverständnis der Verbündeten.

Die russische Regierung hat aus Barisje Selo einen
Funkpruch veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hat:

Der Rat der Volkskommissare wird voraussichtlich während
der Friedensverhandlungen die Vorschläge und Äußerungen
der Vertreter der kriegführenden Mächte den Truppen der
verbündeten und feindlichen Völker sofort durch Funkpruch
mitteilen. Dergleichen wird auch der ganze Gang der Ver-
handlungen übermittelt werden. Laut nachträglich einge-
laufener Nachrichten haben die Verbündeten prinzipiell ihre
Einverständnis zur Eröffnung von Verhandlungen über einen
Waffenstillstand unterzeichnet, wobei sie jedoch nicht nur
unser Front, sondern auch die ihre in Betracht zogen, und
zwar unter der Bedingung, daß wir auch nicht um eine Wert
zurückgehen und den deutschen Truppen keine Nahrungsmittel
liefern würden. Wenn in Abrede gestellt würde, daß sich die
Verbündeten mit den Waffenstillstandsverhandlungen unter-
einander einverstanden erklärt haben, so muß dazu bemerkt werden,
daß die Chets der verbündeten Missionen beim Hauptquartier,
von denen in dem Telegramm des allgemeinen Armeekomitees
an den provisorischen Volksziehungsausschuh der Eisenbahnen
die Rede war, unmittelbar mit ihren Regierungen verkehren,
da sie ihren Gesandtschaften nicht unterstützen.

Mit andern Worten: Die Entente will offenbar Ein-
fluß auf die Verhandlungen gewinnen (durch die Chets der
Missionen), ohne sich durch die Vorkämpfer der jetzigen Re-
gierung gegenüber festzulegen und damit die Verhandlungen
zu erleichtern.

Verstaatlichung von Grund und Boden.

In Ergänzung der Meldung von der Verstaatlichung
des Grundes und Bodens in Rußland belagert ein Radio-
Telegramm der maximalistischen Regierung: Alles Land
mit den darauf errichteten Wohnungen, mit Mobiliar und
Vieh ist als Nationaleigentum erklärt und dem Bauern-
komitee unterstellt worden. Der private Viehwirtschafts-
gewinn wurde aufgehoben, die Häuser der Grundbesitzer
in öffentliche Gebäude umgewandelt. Die Regierung ver-
bindet den Grundbesitzer, daß die Besitzungen dem Volke ge-
hören und daß es im Interesse der Bauern selbst liegt,
den Häusern und Blünderungen ein Ende zu machen.

Beginn der russischen Demobilisierung.

Im anschließenden Gegensatz zu dieser Meldung be-
richtet der Vertreter des B. I. B. aus Kopenhagen, daß
die russische Demobilisierung bereits begonnen hat.
General Tschernobajew, mit Unterstützung der Alliierten
zum Oberbefehlshaber ernannt, erhielt Vollmacht mit
Deutschland Friedensverhandlungen einzuleiten, jedoch
sollen die Unterhandlungen nur für die russische Front
gelten. — Nach einer Meldung aus Saporozha ist Ar-
lenko in Übereinstimmung mit dem Volkskommissariat
zurückgetreten und hat alle Geschäfte, die das Haupt-
quartier betreffen, dem neuen Oberbefehlshaber Mabislawski
übergeben.

Japan wird nicht eingreifen.

Der japanische Gesandte in Petersburg teilt einem
Funkpruch zufolge mit, daß Japan weder die Absicht ge-
habt habe noch haben werde, Rußland den Krieg zu er-
klären. Ein Mitglied der Gesandtschaft widersprach dem
Gerücht, nach dem zwischen England und Japan ein Ver-
trag bestünde, wonach Japan, falls Rußland mit Deutsch-
land einen Sonderfrieden schließt, an Rußland den Krieg
erklären würde.

Deutsche Luftflüge im November.

Mitteilungen des Volfschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 12. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsaktivität blieb in möglichen Grenzen.
Im November beträgt der Verlust der feindlichen Luft-
kräfte an den deutschen Fronten 22 Jassballons und
205 Flugzeuge, von denen 85 hinter unseren Linien, die
übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar ab-
gestürzt sind.

Wir haben im Kampf 60 Flugzeuge und 2 Jass-
ballons verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Macedonische Front. Keine größeren Kampf-
handlungen.

Italienische Front. In einzelnen Abschnitten zwischen
Vrenta und Biade entwickelten sich örtliche Kämpfe, in
denen wir Gefangene machten.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Ein Marinestützpunkt vernichtet ein englisches Luftschiff.

WTB Berlin, 12. Dez. (Amtlich.)

Eins unserer Marinestützpunkte, Führer Oberleutnant
zur See Christensen, hat bei einem Ausflugsflug in
den Doosden am 11. Dezember, vormittags, das englische
Luftschiff stürzte brennend in die See.

Der Chef des Admiraltabs der Marine.

Die Arbeit unserer U-Boote.

Neue Beute im Atlantischen Ozean.

Amtlich wird gemeldet: Eines unserer Unterseeboote
hat im Atlantischen Ozean neuerdings 8 Dampfer und
1 Segler vernichtet, und zwar den englischen Dampfer
„Glacra“ mit 4000 t, den englischen Schoner „Gonovium“
mit 1000 t, sowie zwei größere bewaffnete Dampfer.

Der Chef des Admiraltabs der Marine.

Feindliche Geschützverluste auf See.

Welch beträchtliches Artilleriematerial den Feinden
durch die Tätigkeit unserer U-Boote für immer entzogen
wird, geht daraus hervor, daß eins unserer fähigsten von
einer Fernfahrt im Mittelmeer zurückgekehrten Boote auf
seiner Reise nicht weniger als zehn Geschütze mit den ver-
schiedensten Schiffen in die Tiefe schickte. Soweit bisher
bekannt, sind seit Beginn des U-Boot-Krieges allein bis
zum 1. Oktober d. J. nicht weniger als 1165 Geschütze
mit feindlichen Handelsdampfern versenkt, während
29 Geschütze von unseren U-Booten erbeutet werden konnten.
In diesen bekannten Verlusten kommen auch noch die Ein-
büßen an Artillerie der sehr großen Anzahl unbekannter

versenkter Dampfer. Außer den Geschützen versinkt mit
den Dampfern natürlich auch die zu ihnen gehörige Munition.
Anstelle all jener Schiffgeschütze und ausgehungen
Munition hätten Waffen- und Munitionsladungen der
Gegner entsprechend mehr Material für den Landkrieg
herstellen können.

Schließlich wird zur Bedienung der Geschütze beträch-
liches, artilleristisch ausgebildetes Personal benötigt, das
an Land Verwendung finden würde, wenn es nicht auf
den Handelschiffen fahren müßte.

Wien, 12. Dez. Der amtliche Seeresbericht meldet
brillante Erfolge zwischen Vrenta und Biade.

Kleine Kriegspost.

Solaminden, 12. Dez. Der hier gebürtige Flieger-
Leutnant Erwin Boehme, Führer der Jagdflieger Boelcke,
nach seinem 25. Luftsturz gefallen. Der Kaiser hat ihm den
Orden Pour le mérite verliehen, doch konnte er von der Aus-
zeichnung nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Washington, 12. Dez. Die Republik Panama hat
Österreich-Ungarn den Krieg erklärt.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 13. Dezember.

§ Vom 11. d. M. an werden auf einige Zeit keine
Wagenladungen nach und von sämtlichen Stationen des
Eisenbahndirektionsbezirks Frankfurt angenommen. Aus-
genommen sind Militärgüter und Privatgüter für die
Militärverwaltung, ferner Brennstoffe, lebende Tiere,
Futtermittel usw. Nähere Auskunft erteilen die Güter-
abfertigungen.

§ (Die Einschränkungen des Postverkehrs.) Die
verschiedenartigen bereits bekannt gegebenen Beschrän-
kungen im Postverkehr während der Weihnachts- und
Neujahrszeit seien zur besseren Uebersicht hier kurz zu-
sammengestellt: Verboten ist die Versendung von:
1. Paketen und Päckchen an Kriegs- und kriegsartige Ge-
fangene: vom 5. bis einschließlich 22. Dezember; 2.
Feldpaketen (bis 10 kg., durch Militär-Paketämter): vom
9. bis einschließlich 25. Dezember; 3. Feldpostpäckchen
von mehr als 80 Gramm: vom 15. bis einschließlich
24. Dezember und vom 29. Dezember bis einschließlich
2. Januar; 4. Privat-Postpaketen (nur Pakete mit barem
Geld, Wertpapieren, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteinen
sind unter Wertangabe noch zugelassen) vom 17. bis
einschließlich 23. Dezember; 5. Eil-Paketen vom 17. bis
einschließlich 23. Dezember.

§ Weihnachtsdienst. Am Sonntag den 10.
Dezember können Pakete auch außerhalb der Schalter-
dienststunden bis 6^{1/2} Uhr nachmittags aufgegeben wer-
den. Eingang zur Paketannahme durch den Hof. Am
Sonntag, den 20. Dezember, ist Gelegenheit zur Paket-
auslieferung wie am 18. gegeben. Es findet außer der
Ortsbriefbestellung auch eine Paket- und eine Landbe-
stellung statt. Am 25. Dezember (1. Weihnachtstag)
ist voller Sonntagsdienst, u. a. findet jedoch eine Paket-
bestellung statt. Am 26. Dezember (2. Weihnachtstag)
wird Schalterdienst und Ortsbriefbestellung wie an
Sonntagen wahrgenommen. Doch wird eine Paket- und
eine Landbestellung ausgeführt.

Wiesbaden, 12. Dez. Gestern wurden durch die
Vermittlung der Landwirtschaftskammer vor dem Renn-
platzgelände der „Erbenheim“ zum drittenmal binnen
weniger Wochen Pferde, deren Tage vorher von der
Militärbehörde festgesetzt war, zur Verlosung gebracht.
Diesmal handelte es sich lediglich um kriegsunbrauchbar
gewordene Pferde, im ganzen 84, die auf 200 bis
600 Mk. geschätzt waren. Der Andrang von Land-
wirten aus dem Kammerbezirk war ein außerordentlich
starker. Um manche Pferde traten 125 Bewerber auf.

Für die Sachleitung und Angelegenheiten verantwortlich:
Theodor Kirchhölzel in Hagenburg.

Butterverkauf

am Freitag, den 14. Dezember, bei Witwe Karl Bld.
1—2 Uhr nachm. an Joh. der Fettk. mit Nr. 1—125
2—3 " " " " " " " " 126—250
3—4 " " " " " " " " 251—375
4—5 " " " " " " " " 376—500

Die Abgabe vor oder nach den festgesetzten Verkaufs-
stunden findet in keinem Falle mehr statt.

Hagenburg, den 13. 12. 1917. Der Bürgermeister.

Hugo Backhaus

Uhren- und Goldwaren-Handlung

Hagenburg

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in

Taschen- und Wanduhren

Wecker

Goldwaren und Brillen

zu den billigsten Preisen.

Taschenlampen, Batterien und Birnen.

Reparaturen

werden prompt und billigt ausgeführt.

Trauer-Anzeigen verschiedene Ausführung fertigt schnellstens in
Buchdruckerei Ed. Kirchhölzel, Hagenburg